

Bündnis für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz-Wiesbaden



Pressemitteilung

SGD erlässt Vorbescheid für KMW-Kohlekraftwerk - Bündnis erwartet dessen Aufhebung

Mainz-Wiesbaden, 21.01.2009: „Nett von der SGD Süd, dass sie mit ihrem Bescheid so lange gewartet hat, bis sich unser Bündnis öffentlich konstituiert hat“ kommentiert Meinrad v. Engelberg, 2. Vorsitzender des „Bündnis für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz-Wiesbaden e.V.“, die heutige Bekanntmachung. „Jetzt weiß die KMW wenigstens, mit wem sie es ab jetzt zu tun hat:

Vertreter des Wiesbadener Magistrates und des Rheingau-Taunus-Kreises, Politiker der beiden Stadtparlamente, nahezu aller demokratischer Parteien, Naturschutzverbände, Bürgerinitiativen, Kirchen, Rechtsanwälte, Ärzte hatten am vergangenen Donnerstag auf der ersten „Bündniskonferenz“ in Mainz-Mombach noch einmal erklärt, warum sie das KMW-Kraftwerk für nicht genehmigungsfähig halten.

„An unserer Einschätzung hat sich nichts geändert. Offensichtlich ist der Bescheid trotz mehrfacher Verzögerung mit heißer Nadel gestrickt. Es dürfte also nicht allzu schwer fallen, die juristisch relevanten Schwachpunkte darin zu finden. Nun lassen wir uns erst mal Zeit für eine sorgfältige Prüfung, um diese Defizite möglichst präzise und gerichtsfest zu begründen. Selbst ohne genauere Kenntnis des Textes ist schon jetzt klar, dass weder die Bedenken der Ärzte, die Einwände des Naturschutzes, oder die von eigenen SGD-Gutachten bestätigten Stadtbildbeeinträchtigungen durch die Erteilung eines Vorbescheids in Luft aufgelöst wären. Jetzt liegt es vermutlich an den Gerichten, zu klären, ob diese Kritikpunkte wirklich so zu vernachlässigen sind, wie die arg optimistische SGD-Einschätzung suggeriert.“

„Es gibt einen einzigen Punkt, der uns im Bündnis Sorgen macht“, so Engelberg weiter: „Wir befürchten, dass die KMW auch weiterhin nicht bereit sein wird, auf die Erlangung tragfähiger Rechtssicherheit in dieser heiklen Frage zu warten, sondern mit einem hastigen Teilbaubeginn, den sie ja bereits beantragt hatte, versuchen wird, auf Kosten und Risiko der Stromkunden und zuletzt der Steuerzahler, ihrer Eigentümer, Fakten zu schaffen. Ein Immissionsvorbescheid ist bekanntlich weder eine Bau- noch eine Betriebsgenehmigung.“

Falls die Gerichte, womit wir sicher rechnen, den Vorbescheid aufheben, muss alles vorschnell Gebaute auf Kosten der KMW gleich wieder abgerissen werden. Das Geld der KMW ist aber das Geld der Stromkunden und Steuerzahler. Wir appellieren an das Verantwortungsgefühl aller Beteiligten, uns ein zweites Mülheim-Kärlich zu ersparen.“ Engelberg bezieht sich mit diesem Hinweis auf das einzige rheinland-pfälzische AKW, das, 1975-1986 errichtet, aufgrund fehlerhafter Antragsunterlagen bereits nach 100 Tagen Betrieb wieder vom Netz genommen wurde und als berüchtigtes Milliardengrab in die Landesgeschichte einging.

„Sobald wir den Bescheid genau geprüft haben, werden wir noch genauer erläutern, worin wir die Parallelen sehen.“